

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Brigitte Freihold, Dr. Birke Bull-Bischoff,
Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/28780 –**

Programm „Kultur macht stark“ – Förderung anpassen, sichern und verstetigen

A. Problem

Damit der Einzelne sich künstlerisch ausdrücken und sich mit den gesellschaftlichen Normen und sozialen Verhältnissen kritisch auseinandersetzen kann, ist kulturelle Bildung unabdingbar. Sie ist ein Gebot der gesellschaftlichen Teilhabeberechtigung und trägt dazu bei, Benachteiligungen aufgrund der sozio-ökonomischen Herkunft, von Behinderung, ethnischer Herkunft, Flucht- und Migrationserfahrungen oder dem Wohnort zu mindern. Das Programm „Kultur macht stark“ zielt darauf ab, die Bildungsgerechtigkeit zu stärken. Im Zuge der COVID-19-Pandemie sind die meisten schulischen und außerschulischen Kulturaktivitäten entfallen, was für Kulturschaffende und Einrichtungen in diesem Bereich existenzbedrohend ist. Auch wird sich in diesem Bereich der Digitalisierungsschub auswirken.

B. Lösung

Nach Überwindung der Corona-Krise muss kulturellen Bildungsprojekten eine Starthilfe gegeben werden, um geeignete Rahmenbedingungen für gelingende Bildungsprozesse bereit zu stellen und um kontinuierliche Tätigkeitsmöglichkeiten zu gewährleisten. Dabei muss die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen wiedergespiegelt werden. Das erfolgreiche Programm „Kultur macht stark“ muss in einer dritten Förderrunde fortgeführt werden. Dabei müssen die Bildungsprozesse rassistischkritisch und divers orientiert sein und verstärkt postkoloniale Perspektiven einbeziehen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/28780.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/28780 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Vorsitzender

Yvonne Magwas
Berichterstatterin

Ulrike Bahr
Berichterstatterin

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Britta Katharina Dassler
Berichterstatterin

Dr. Birke Bull-Bischoff
Berichterstatterin

Margit Stumpp
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Yvonne Magwas, Ulrike Bahr, Dr. Marc Jongen, Britta Katharina Dassler, Dr. Birke Bull-Bischoff und Margit Stumpp

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/28780** in seiner 224. Sitzung am 22. April 2021 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Kultur und Medien und dem Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Kulturelle Bindung ermöglicht nach Feststellung der Fraktion DIE LINKE. nicht nur dem Einzelnen, sich künstlerisch auszudrücken, sondern sich auch mit gesellschaftlichen Normen und sozialen Verhältnissen kritisch auseinanderzusetzen. Jungen und älteren Menschen müsse Zugang zu Kunst und Kultur geschaffen werden, um gesellschaftliche Teilhabegerechtigkeit zu verwirklichen. Bereits seit 2013 fördere das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit dem Programm „Kultur macht stark“ außerschulische Angebote der kulturellen Bildung. Diese sollten dazu beitragen, soziale Herkunft und Bildungserfolg zu entkoppeln. Das Programm „Kultur macht stark“ soll sowohl auf eine Stärkung lokaler zivilgesellschaftlicher und ehrenamtlicher Strukturen als auch auf die Förderung von Bildungsgerechtigkeit hinwirken. Denn nicht nur die sozio-ökonomische Herkunft beeinflusse Bildungsbiografien, sondern auch Behinderungen, ethnische Herkunft, Flucht- und Migrationserfahrungen und auch der Wohnort. Dabei müssen diese Programme wohnortnah sein.

Auf das Programm „Kultur macht stark“ hätten sich die Schließungen von Kultur- und Bildungseinrichtungen im Zuge der COVID-19-Pandemie negativ ausgewirkt. Insbesondere zeigten sich in der Krise wie durch ein Brennglas die Missstände der kulturellen Infrastruktur und die bereits zuvor bestehende chronische Unterfinanzierung. Die niedrig vergüteten Arbeitsverhältnisse und der hohe Anteil von Projektförderung in diesem Bereich ließen keine Rücklagenbildung bei den Kulturschaffenden zu. Zugleich gebe es im Bereich der kulturellen Bildung einen Digitalisierungsschub, dem durch den „Digitalpakt Schule“, für den bis zum Jahr 2023 fünf Milliarden Euro zur Verfügung gestellt würden, nur im Bereich der formalen Bildung entgegengewirkt werde. Es sei eine gesellschaftliche Frage, wie die durch die Corona-Krise verursachte Verschärfung von sozialer- und bildungsspezifischer Ungleichheit begegnet werden könne.

Ein weiterer Schwerpunkt sei die Überwindung des tiefgehenden Ungleichgewichts zwischen städtischem und ländlichem Raum. Im ländlichen Raum seien die Strukturen häufig defizitär, und viele Akteure stünden aufgrund der prekären Finanz- und Personallagen unter einem so großen Belastungsdruck, dass ihnen die Partizipation am verwaltungstechnisch aufwendigen Bundesprogramm nur schwer möglich sei. Hier stoße man auf die Grenzen des ehrenamtlichen Engagements.

Das bisher erfolgreiche Bundesprogramm „Kultur macht stark“ müsse insbesondere in einer dritten Förderrunde fortentwickelt werden. Nach der Corona-Krise sei es darüber hinaus notwendig, kulturellen Bildungsprojekten eine Starthilfe zu bieten, geeignete Rahmenbedingungen für gelingende Bildungsprozesse bereitzustellen und generell kontinuierliche Tätigkeitsmöglichkeiten zu gewährleisten. Letztere sei zentral, um pädagogische Wirkung zu entfalten und eine Vertrauensgrundlage zwischen allen Beteiligten zu schaffen. Dies spiegle auch die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen wider.

Auch sollten in einer dritten Förderphase von „Kultur macht stark“ Programme für rassistuskritische und divers orientierte Bildungsprozesse sensibilisiert werden. Migration dürfe nicht als gesellschaftliche Abweichung von einer ausdrücklichen oder auch subtil vorausgesetzten deutschen Norm gesehen werden. Es sei eine postkoloniale Perspektive in den Bildungskonzepten vorzusehen.

Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Bundesregierung auf,

1. das Bundesprogramm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ über das Jahr 2022 in einer dritten Förderphase mit erhöhten Mitteln fortzuführen und zu verstetigen;
 - a) die Mittel jährlich um zehn Millionen Euro zu erhöhen;
 - b) nach der dritten Förderphase eine Verstetigung der Finanzierung für das Programm „Kultur macht stark“ vorzunehmen, um dadurch eine dauerhafte Planungssicherheit für alle Beteiligten zu gewährleisten;
 - c) ressortübergreifend Gespräche mit Akteur:innen verschiedener Förderprogramme für den Bereich der kulturellen Kinder- und Jugendbildung, mit Ländern und Kommunen sowie mit den Programmpartner:innen über die Potenziale von Kultureller Bildung für die Post-Corona-Zeit zu führen, um den krisenbedingten Rollback bezüglich Teilhabegerechtigkeit wirksam entgegenzuwirken;
 - d) die Definition von Bildungsbenachteiligung auf andere Risikolagen auszudehnen und dabei insbesondere ländliche, ländliche geprägte sowie strukturschwache Räume zu berücksichtigen;
 - e) die Etablierung von Angeboten sowie die Gewinnung von Programmpartner:innen, insbesondere im ländlichen Raum, zu fördern und damit den bestehenden Ungleichgewichten gegenüber urbanen Räumen entgegenzuwirken;
 - f) und aus den Erfahrungen der bisherigen Bundesprogramme „Kultur macht stark“ Folgerungen für eine Überarbeitung der bisherigen Förderrichtlinien zu ziehen, und dabei insbesondere rassismuskritische und diversitätsorientierte Kriterien zu berücksichtigen;
 - g) stärker die Belange von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zu berücksichtigen;
 - h) stärker die Belange von Kindern und Jugendlichen mit divers-kulturellen Hintergründen zu berücksichtigen;
 - i) Sorge zu tragen, dass kommunale Einrichtungen als Partner:innen in Bündnissen für Bildung auch im außerschulischen Bereich aktiv werden können;
 - j) Kindern und Jugendlichen bereits bei der Entwicklung der kulturellen Bildungsangebote eine Mitwirkung einzuräumen;
 - k) Ressourcen einzuplanen, um Ehrenamtliche durch professionelle Anleitung und Beratung bei der Projektbegleitung zu unterstützen;
 - l) perspektivisch Mindeststandards hinsichtlich der personellen, finanziellen, räumlichen und sachlichen Ausstattung zu entwickeln;
 - m) den Projekten Raum zum Experimentieren und – hinsichtlich Abrechnungsmodalitäten – zum „Scheitern-Dürfen“ zuzugestehen;
 - n) Möglichkeit einzuräumen, nicht verwendete Fördermittel ins nachfolgende Haushaltsjahr übertragen zu können;
 - o) ein Konzept zu erarbeiten und auf den Weg zu bringen, um den oft als deutlich zu hoch beklagten administrativen Aufwand zur Teilnahme am Bundesprogramm „Kultur macht stark“ in der dritten Förderphase deutlich zu reduzieren und so Zugangshürden insbesondere für ohnehin schon überlastete und unterfinanzierte kulturelle Akteur:innen abzubauen;
 - p) den aktuellen Verwaltungsaufwand anzuerkennen und die Verwaltungspauschale auf zehn Prozent der Fördersumme anzuheben sowie die Möglichkeit einer Aufwandsentschädigung für administrative und koordinierende Aufgaben zu schaffen;
 - q) auf die Länder einzuwirken, dass Kulturelle Bildung zum verpflichtenden Bestandteil der Lehrerbildung in Studium, Referendariat und Fortbildung wird und gemeinsam mit den Ländern nach Lösungen zu suchen, die außerunterrichtlichen Angebote der kulturellen Bildung etwa in Form von Ganztagsbetreuung, Ganztagschul-AGs oder in Projektwochen zu realisieren;

- r) die Forschung zur Nachhaltigkeit kultureller Bildungsprozesse zu stärken und entlang inklusiver, diversitätsorientierter, rassismus- und klassismuskritischer und nicht heteronormativ geprägter Kriterien zu untersuchen;
2. gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Verbänden und außerschulischen Bildungs- und Kultureinrichtungen das Programm „Digital-Allianz Bildung“ für den Bereich der Kulturellen Bildung aufzulegen, um den digitalen Transformationsprozess auch über die schulische Bildung hinaus zu gewährleisten und allen Akteur:innen ausreichend finanzielle, technische und personelle Ressourcen für die Digitalisierung ihrer Arbeit zur Verfügung zu stellen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 19/28780 in seiner 74. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/28780 in seiner 81. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/28780 in seiner 73. Sitzung am 19. Mai 2021 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 19. Mai 2021

Yvonne Magwas
Berichterstatterin

Ulrike Bahr
Berichterstatterin

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Britta Katharina Dassler
Berichterstatterin

Dr. Birke Bull-Bischoff
Berichterstatterin

Margit Stumpp
Berichterstatterin

